



Ingrid Bergmann
Dieses Jahr wäre sie 100 geworden
KULTUR 28

Die Effizientesten
www.akb.ch/unternehmenspreis

Matteo Renzi
Weshalb das Image des italienischen Regierungschefs angekratzt ist
AUSLAND 6

Drohungen gegen Kinderschutzbehörde

Fall Flaach Zürcher Sozialarbeiter stehen unter Polizeischutz, in der Politik entsteht eine Kontroverse um die Kesb

VON LINA GIUSTO

Letzten Freitag wurden im zürcherischen Flaach ein zweijähriges Mädchen und ein fünfjähriger Knabe tot aufgefunden. Deren Mutter befindet sich unter dringendem Tatverdacht in Untersuchungshaft und ist geständig. Der Fokus der Öffentlichkeit richtet sich dagegen auf die lokale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb). Wegen Drohungen musste gestern gar Polizeischutz auf-

geboten werden, eine für Mittwoch geplante Medienkonferenz wurde abgesagt. «Per Mail und über soziale Medien sind massive Drohungen gegen die Kesb und einzelne Mitarbeiter eingegangen», sagte eine Sprecherin auf Anfrage. Es gebe darunter auch Inhalte, die strafrechtlich weiterverfolgt würden.

Die Kesb betont in der Mitteilung, es gebe nach wie vor keine Hinweise darauf, dass die akute Gefährdung der Kinder durch ihre eigene Mutter hätte er-

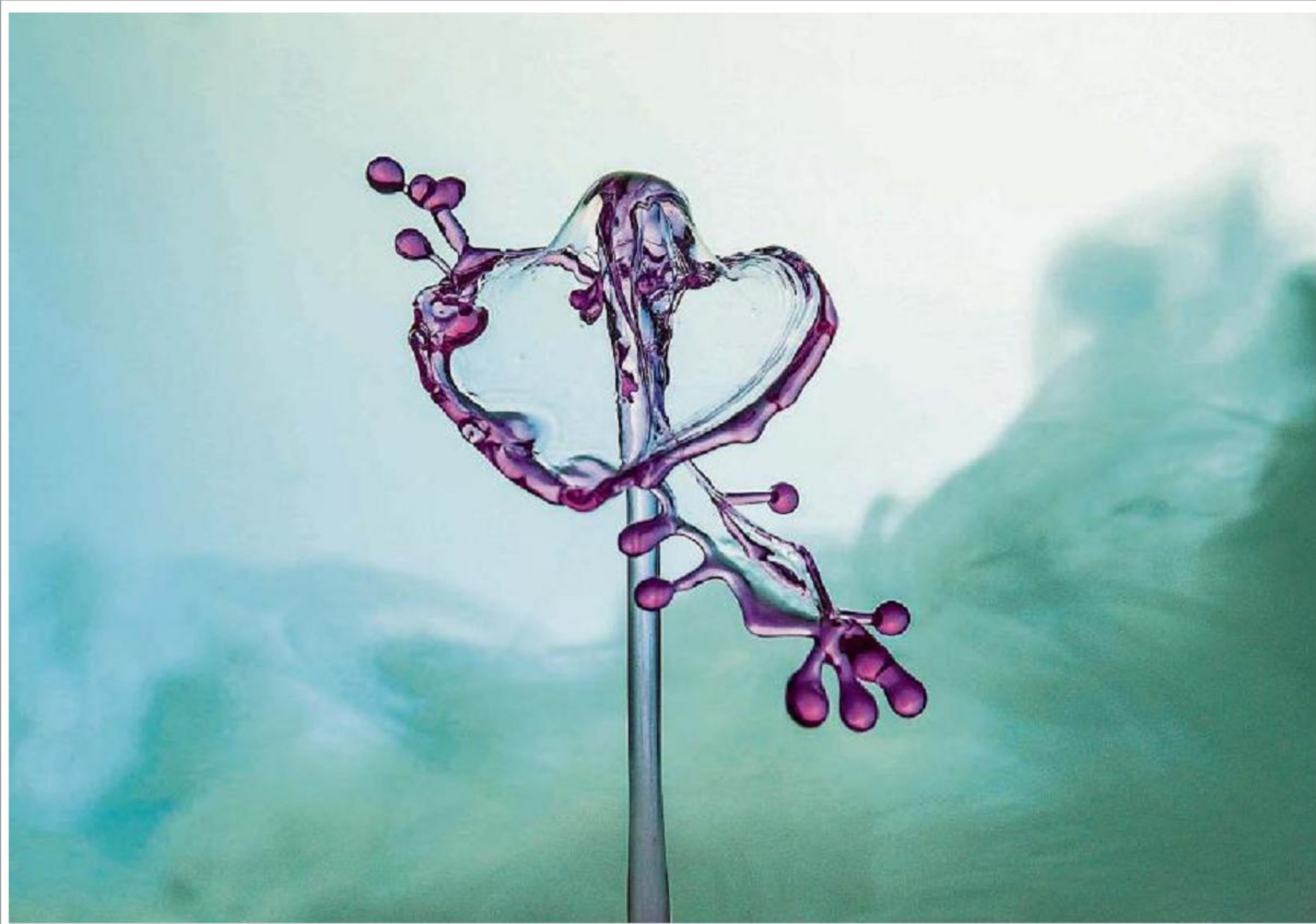
kennbar sein sollen. Der Zürcher Regierungsrat verlangt derweil einen Bericht über die Vorkommnisse in Flaach und die Rolle der zuständigen Kesb.

Kritik von der SVP

Der Fall Flaach führt auch auf dem nationalen Politikparkett zu Diskussionen. Die Kesb wurde 2013 mit dem Ziel der Professionalisierung des Kindes- und Erwachsenenschutzes eingeführt. Der Schaffhauser SVP-Ständerat und

Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, Hannes Germann, sagt: «Die Professionalisierung wurde tendenziell zu weit getrieben.» Es sei bedauerlich, wenn Gemeinden keine Entscheidungskompetenzen haben. Die Neuerungen hätten zu einem Kontrollverlust geführt und seien «teurer, aber nicht besser». Deswegen brauche es eine Art «Vetorecht» gegen KESB-Entscheide, die auf Gemeindeebene in Betracht gezogen werden. BDP-National-

rat Bernhard Guhl dagegen hält nichts von einem Vetorecht: «Eine Gemeinde ist bei solchen Entscheiden nicht unabhängig genug.» Laut EVP-Nationalrätin Maja Ingold sei das mangelnde Vertrauen der Gemeinden in die neu geschaffene Behörde ein Problem. Bei der Zusammenarbeit mit den Gemeinden bestehe sicherlich Handlungsbedarf. Aber das alte System der Vormundschaftsbehörde sei nicht mehr zeitgemäss gewesen. KOMMENTAR UNTEN, SEITEN 2/3



Wow-Effekt Wie aus einer anderen Welt sehen sie aus, die Skulpturen, welche die Limmattaler Fotografin Claudia Zanvit mit ihrer Kamera einfängt. Dabei handelt es sich um etwas Alltägliches: Wassertropfen, die auf eine Wasseroberfläche aufschlagen. Mit ihren Tropfenbildern hat Zanvit, die in Spreitenbach lebt, eine Nische gefunden. Ab Freitag sind ihre Werke an der Photo15 in Zürich zu sehen. Mit Timur Geyran ist zudem ein weiterer Limmattaler Fotograf an der grössten Schweizer Werkschau für Fotografie vertreten. SEITE 17

FOTO: CLAUDIA ZANVIT

KOMMENTAR

Verzweiflungstat aus Ohnmacht

Ein zweijähriges Mädchen, ein fünfjähriger Bub - umgebracht von der eigenen Mutter: Was sich am 1. Januar im zürcherischen Flaach ereignete, ist unfassbar. Inzwischen sind Hintergründe der Tat publik geworden. Sie machen das Unfassbare zumindest ein Stück weit erklärbar: Am Anfang standen offenbar finanzielle Probleme der Eltern, Arbeitslosigkeit, zahlrei-



von Matthias Scharrer

che Wohnungswechsel, ein Abgleiten in die Kleinkriminalität. Als die Polizei die Eltern wegen betrügerischer Machenschaften auf Internetauktionen am 4. November verhaftete, verschärfte sich die Situation: Wer sollte sich um die Kinder kümmern? Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Winterthur-Andelfingen entschied sich für eine Heimplatzierung. Sie erlaubte es der bald aus der Untersuchungshaft entlassenen Mutter jedoch, die Kinder über Weihnachten und Neujahr vorübergehend bei sich zu haben. Danach hätten sie wieder ins Heim gemusst, bis die Kesb über das weitere Vorgehen entschieden hätte. Zur Tat schritt die Mutter, nachdem der Bezirksrat Winterthur ihren Rekurs abgelehnt hatte. Aus Ohnmachtsgefühlen muss grausame Verzweiflung entstanden sein.

Was bleibt, sind offene Fragen: War die Heimplatzierung zwingend nötig, obwohl die Grosseltern die Kinder gerne bei sich aufgenommen hätten? Unterschätzte die Kesb die möglichen, tödlichen Folgen der mütterlichen Verzweiflung? Hätte ein Pikettdienst der Kesb, den der Zürcher Kantonsrat einst aus Spargründen ablehnte, das Drama verhindern können? Und schliesslich: Wurde die Mutter in ihrer Verzweiflung zu sehr alleingelassen?

Diesen Fragen müssen sich die Behörden stellen, wenn sie den Fall in den kommenden Wochen und Monaten aufarbeiten.

@ matthias.scharrer@azmedien.ch



Zürcher Muslime

Moscheen in Alarmbereitschaft

Dass in Schweden über den Jahreswechsel innert einer Woche Anschläge auf vier Moscheen verübt wurden, haben Zürcher Muslime mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Auch Moscheen in Zürich und Schlieren fürchten um die eigene Sicherheit; und das nicht erst, seit Anfang Dezember auch im Kanton St. Gallen ein Molotowcocktail das Lokal eines islamischen Kulturvereins in Brand setzte. Sie haben deshalb

Überwachungskameras installiert. Die Stadtzürcher Moschee setzt zudem Gemeinchaftsmitglieder ein, die bei Anlässen Wache stehen. Während die Anschläge auf muslimische Gotteshäuser die Imame zutiefst beunruhigen, sind diese nicht überrascht darüber: Das islamfeindliche Klima, das in weiten Teilen Europas herrscht, ebne den Weg für gewalttätige Übergriffe auf Muslime - auch in der Schweiz. SEITE 25

Flüchtlinge

Syrienkrise: So hilft die Schweiz mit

Während der Bund innert drei Jahren 500 besonders schützenswerte Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen will, fordern Organisationen und Politiker ein Vielfaches davon. Die private Unterbringung von Flüchtlingen verläuft indes trotz Interesse noch harzig. In der Waadt nehmen aber wohl bald die ersten Privatleute Vertriebene bei sich auf. SEITE 5

IN EIGENER SACHE

Ab morgen wieder «volles Programm»

Liebe Leserinnen und Leser, ab morgen Mittwoch werden Sie wieder Ihr gewohntes Fernsehprogramm in dieser Zeitung finden. Aufgrund der zahlreichen Reaktionen aus der Leserschaft haben Redaktion und Verlag entschieden, wieder eine ganze Seite mit dem TV-Programm zu publizieren. Für die aktuelle Ausgabe war das leider noch nicht möglich. (NCH)